

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2011
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 18.01.2011
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Haushaltsplanberatungen 2011
7. Stellenplan 2011 für den Fachbereich Jugend und Soziales und die ARGE
Vorlage: 0961/2010
8. Berechnung der Einkommen im Rahmen der Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und OGS
9. Bericht Kinderschutzambulanz
10. Bericht Kinderfrüherkennungsuntersuchungen
11. Schrittweiser Übergang der Trägerschaft für das Jugendzentrum Quambusch
Vorlage: 0006/2011
12. Imagekampagne der Jugendämter in Westfalen
Erste Berichterstattung der Verwaltung
13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur ersten Ausschusssitzung.
Er stellt fest, dass es keine Erweiterungswünsche zur Tagesordnung gibt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber informiert die Ausschussmitglieder bezüglich der WP-Weihnachtsspendenaktion zur Finanzierung der Weihnachtsbeihilfe für Heimkinder und Kinder in Pflegefamilien, dass sich insgesamt ein beeindruckendes Ergebnis von 85.000 Euro ergeben hätte. Nach Abschluss der Aktion müsse überlegt werden, wie man diesen hohen Betrag verwenden werde. Die Weihnachtsbeihilfe in Höhe von ca. 16.000 Euro für 2010 sei auf jeden Fall sichergestellt.

Weiterhin weist er auf ein ausgelegtes Schreiben hin (siehe Anlage zu TOP 2), das ihn vom Leiter des Jugendamtes aus Hennef erreicht habe.

Dieser bäte darum, darüber nachzudenken, ob aus Hagen auch eine Resolution in Richtung Landesregierung zur Einführung einer Beitragsfreiheit ergehen könne.

Er erläutert die Pläne der Landesregierung. Man müsse zu gegebener Zeit sehen, wie man sich als Stadt Hagen dazu positionieren werde.

Er berichtet außerdem, dass der Innenminister nunmehr nach mehrfachen Erinnerungen mitgeteilt habe, dass die Übernahme freiwilliger Trägeranteile nach den gesetzlichen Regelungen nicht möglich sei. Diese Haltung werde auf den ersten Seiten ausführlich erläutert.

Am Schluss des Schreibens werde dann aber gesagt, dass es im Wege der Duldung hingenommen werde, wenn zusammen mit der Kommunalaufsicht erreicht werden könne, dass sich diese Lösung, dass die Stadt Trägeranteile übernehme, als die wirtschaftliche bessere Lösung darstelle.

Man habe sich für die nächste Woche mit der Finanzverwaltung verabredet, um Kriterien zu entwickeln, wie die Gespräche mit den Trägern geführt werden sollten. Es gebe insgesamt ein Finanzvolumen von 700.000 Euro, das derzeit als Forderung für das übernächste Kindergartenjahr im Raum stehe.

Er gehe davon aus, dass dieser Betrag zukünftig pro Jahr als Träger- und Investanteil auf die Stadt Hagen zukäme, wenn man sich für diese Lösung entscheide.

Jetzt käme es darauf an, ob man die Bezirksregierung davon überzeugen könne, diese Duldung zu erteilen.

Herr Goldbach informiert, dass man planmäßig einen neuen Bewilligungsbescheid für das Projekt „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ über 40.000 Euro bekommen habe. Hier handele es sich um eine degressive Förderung. Im nächsten Jahr bekäme man noch mal 30.000 Euro und im übernächsten Jahr 20.000 Euro.

Außerdem lägen noch Bewilligungsbescheide für die Projekte in Wehringhausen und Altenhagen in Höhe von 100.000 Euro und 50.000 Euro vor.

Im Bereich der vertiefenden Berufsorientierung gebe es einen Bewilligungsbescheid der Agentur für Arbeit für das Projekt „Startbahn Zukunft“ an den Hager Hauptschulen.

Bezüglich der Abarbeitung des Jugendförderplans teilt er mit, dass man entsprechend der Beschlussfassung im Zeitplan liege.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Talash berichtet über ein neues Projekt der Jugendräte.

Es sei geplant, die Skateranlage im Hammeckepark zu ersetzen. Die Stadt käme lediglich für die Unterhaltung der Anlage auf, nicht aber für die Ersatzbeschaffung. Daher würden für dieses Projekt Sponsoren gesucht. Bisher habe man zwei Sponsoren gefunden, die bereit seien, 20.000 Euro zu investieren. Es fehle noch ein Betrag in Höhe von 14.000 Euro. Daher suche der Jugendrat noch weitere Sponsoren, die bereit seien, das Projekt zu verwirklichen.

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Frau Versteeg-Schulte berichtet zum Stand der Endabrechnung GtK. Sie gehe davon aus, dass diese in Kürze abgeschlossen sei.

Frau Haack berichtet von den Regionalkonferenzen mit den Kindertageseinrichtungen und dem Anmeldeverfahren für 2011.

Herr Strüwer möchte wissen, ob die Versorgung der 3-6jährigen in den verschiedenen Stadtteilen sichergestellt sei.

Frau Haack antwortet, dass die Gruppenformen jetzt flexibler gestaltet werden müssten. Sie gehe davon aus, dass man die Versorgung sicherstellen könne.

Auf eine Frage von Herrn Feldhaus erklärt Frau Haack, dass die private Einrichtung Märchenwald lediglich mit einer Gruppe in der Kindergartenbedarfsplanung auftauche.

Hintergrund sei der gewesen, dass in der Einrichtung auch behinderte Kinder angemeldet worden seien. Bei behinderten Kindern seien entsprechend mehr Personalkapazitäten vorzuhalten. Dafür gebe es laut KiBiz einen 3,5-fachen Finanzierungssatz. Den bekäme eine private Kindertageseinrichtung nicht. In Absprache mit dem Landesjugendamt bekäme die private Einrichtung jetzt eine Gruppe nach KiBiz gefördert. In dieser Gruppe befänden sich die behinderten Kinder.

Herr Strüwer möchte wissen, ob für die Erhebung der Elternbeiträge für diese Gruppe die aktuelle Elternbeitragsstaffelung zur Anwendung käme.

Die Frage wird von Frau Haack bejaht.

Auf Frage von Herrn Feldhaus teilt Frau Haack mit, dass der Träger als Träger der Jugendhilfe anerkannt sei.

6. Haushaltsplanberatungen 2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Walter gibt einen Einstieg in die Haushaltsplanberatungen 2011.

Herr Strüwer berichtet, dass von den 17 im Rahmen des HSK beschlossenen Maßnahmen 16 vom Rat mit kleinen Änderungen übernommen worden seien.

Er schlägt vor, die Haushaltsplanberatung nach Teilplänen vorzunehmen.

Auf Bitte von Herrn Strüwer erläutert Frau Walter die Haushaltssystematik des Haushaltsplanentwurfes anhand des Teilplanes 1.21.42 – Fördermaßnahmen für Schüler -.

- Teilplan 1.21.42 – Fördermaßnahmen für Schüler

Auf Bitte von Herr Strüwer erläutert Frau Walter eine auffällige Veränderung im Rahmen der Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen.

Herr Goldbach erläutert Abweichungen im Bereich der Personalaufwendungen.

- **Teilplan 1.31.41 – Unterhaltsvorschussleistungen**

Herr Fiedler kommentiert die abgebildeten Zahlen im dem Bereich.
Die Heranziehungsquote läge zurzeit bei 15,7 %.

- **Teilplan 1.36.10 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**

- **Teilplan 1.36.20 – Jugendarbeit**

Herr Goldbach merkt an, dass man grundsätzlich die Teilpläne 1.36.20 und 1.36.60 im Verbund sehen müsse.

- **Teilplan 1.36.30 – Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien**

Herr Steuber erklärt, dass die Verwaltung in diesem Bereich aufgrund der Ausgabenentwicklung im letzten Jahr eine Verstärkung von 750.000 Euro habe verlangen müssen.

Ein Deckungsvorschlag sei aus dem Bereich SGB II gemacht worden.
Er richtet die Frage an Herrn Goebels, ob der Ansatz für 2011 ausreichend bemessen sei.

Herr Goebels geht davon aus, dass der Ansatz für 2011 auskömmlich sei.
Für die Steigerung der Kosten in 2010 seien auch Aufwendungen anderer Kommunen verantwortlich, die in 2008 und 2009 entstanden und der Stadt Hagen erst zum Ende des Haushaltsjahres 2010 in Rechnung gestellt worden seien.

Er beantwortet eine Frage von Herrn Feldhaus zur Höhe des gestiegenen Personalaufwandes. Im Bereich des ASD sei es zu personellen Ausweitungen gekommen.

Herr Strüwer merkt an, dass dieser Bereich im Verlauf der letzten Jahre kostenmäßig explodiert sei. An dieser Stelle werde deutlich, dass die derzeitige Aufbereitung des Haushaltes kein Steuerungsinstrument sei.

Herr Fischer ist der Meinung, dass man nicht nur die finanziellen Gründe, sondern auch die inhaltlichen Gründe hinterfrage müsse. Kindeswohlgefährdung müsste im Vorfeld verhindert werden.

Herr Steuber hofft, dass das geplante Bundeskinderschutzgesetz dieses Anliegen unterstützen wird. Darin sollten die präventiven Hilfen mit einem Rechtsanspruch versehen werden.

- **Teilplan 1.36.50 – Tageseinrichtungen für Kinder**

Herr Strüwer weist in diesem Zusammenhang auf die immense Eigenleistung der Stadt Hagen hin, die ja politisch gewollt sei.

- **Teilplan 1.36.60 – Einrichtungen der Jugendarbeit**

- **Teilplan 1.36.70 – Sonstige Einrichtungen für jungen Menschen / Familien**

-

- **Teilplan 1.36.80 – Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und zeitgesetz**

-

- **Teilplan 1.41.11 – Gemeindenahe Therapie**

Herr Goldbach erläutert die Zahlen.

- **Teilplan 1.51.13 – Projekte Soziale Stadt Hagen**

Herr Goldbach erläutert die Zahlen.

Herr Losch möchte wissen, ob der geplante Wegfall des Wehr- und Zivildienstes bei den freien Trägern und der Stadt Hagen im sozialen- und Jugendbereich zu Problemen führen werde.

Herr Goldbach antwortet, dass die Stadt nur im Bereich der Drogenhilfe und im Bereich der Jugendzentren betroffen sei. Man befasse sich derzeit mit der Fragestellung, ob der Einsatz von Freiwilligendienst / Freiwilliges Soziales Jahr Sinn mache.

Herr Fischer berichtet, dass man bereits vor ein paar Jahren vom Zivildienst auf das freiwillige soziale Jahr umgestellt habe. Das habe sich inhaltlich und finanziell gelohnt. In diesem Bereich könnte man auch eine Kooperation anbieten.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2011 mit den im Rahmen der HSK-Beratungen beschlossenen Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>1</u>
Enthaltungen:	<u>1</u>

**7. Stellenplan 2011 für den Fachbereich Jugend und Soziales und die ARGE
Vorlage: 0961/2010****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber erläutert die Vorlage und beantwortet eine Frage von Herrn Losch.

Er berichtet außerdem, dass er am Anfang dieses Jahres vor dem Hintergrund einer Reihe von Überlastungsanzeigen für den Bereich Vormundschaft beschlossen habe, eine Mehrstelle zu beantragen. Der Stellenplan beinhaltet das noch nicht. Insgesamt habe man eine Fallzahl von 250 Fällen, die auf 2 Mitarbeiter verteilt werde, da eine dritte Mitarbeiterin langzeiterkrankt sei. Im Bereich Vormundschaft gebe es zwischenzeitlich einen Gesetzentwurf, der derzeit vom Parlament beraten werde. Dort seien 50 Fälle pro Mitarbeiter vorgesehen. Dies habe ihn bestärkt, auf Personalausweitung zu drängen. Er würde sich freuen, wenn der Jugendhilfeausschuss dieses Anliegen mitunterstützen würde.

Herr Strüwer bittet, den Gesamtzusammenhang strukturiert und detailliert in der Sitzung des JHA im März wiederaufzugreifen.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass sie hier gern im Namen des Jugendhilfeausschusses ein positives Votum abgeben würde.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

1. Die Vorlage der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, die entstehenden Mehrkosten für die von der Verwaltung beantragte zusätzliche Stelle im Bereich der Vormundschaft (siehe Anlage) bei der Beratung der Beschlussvorlage zum Stellenplan 2011 einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>1</u>
Enthaltungen:	<u>1</u>

8. Berechnung der Einkommen im Rahmen der Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und OGS**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Röber-Steffens erläutert anhand der ausgelegten Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 8**) Beispiele für die Berechnung der Einkommen im Rahmen der Elternbeiträge.

Frau Helling bedauert, dass diese Informationen erst zur heutigen Sitzung geliefert worden seien, da diese Erkenntnisse bereits bei früheren Diskussionen von Wert gewesen wären.

Frau Röber-Steffens erläutert auf Bitte von Herrn Strüwer den Begriff des Bruttoeinkommens anhand eines fiktiven Beispiels. Sie stellt dar, welche Faktoren sich im Rahmen dieser Berechnung einkommensmindernd auf das Bruttoeinkommen auswirken.

Herr Strüwer ist überrascht über die Ergebnisse und stellt erneut die Frage nach der Gerechtigkeit im Rahmen der Elternbeiträge.

Herr Fischer stellt die Frage in den Raum, die bei einer Runde beim Oberbürgermeister diskutiert worden sei, welche Qualität der Ganztags in Zukunft beibehalten könne. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, in welcher Höhe Elternbeiträge den städtischen Eigenanteil entlasten könnten. Gleichzeitig sei diskutiert worden, dass Kinder auf den Wartelisten stünden, die nicht aufgenommen werden könnten, weil die Finanzen dazu fehlten. Man habe sich darauf verständigt, in der nächsten Woche wieder zusammenzukommen

und eine Lösung zu entwickeln. Fakt sei, dass durch die Beiträge, die nicht eingingen, die Qualität im Ganztage leiden würde. Die Kinder, die nicht aufgenommen würden, seien ebenfalls benachteiligt.

Es stelle sich die Frage, was zumutbar, vertretbar und sozial gerecht sei. Es handele sich bereits jetzt um ein Minimalkonzept in jeglicher Hinsicht.

Das sei ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Entscheidung an dieser Stelle.

Herr Steuber merkt zu dem Wortbeitrag von Frau Helling an, dass er sich im Vorfeld mit dem Vorsitzenden darauf verständigt habe, so zu verfahren. Man habe in den letzten Monaten viel Vorarbeit geliefert. Das sei jetzt noch eine zusätzliche Information.

Er hoffe, dass deutlich geworden sei, dass bei den Einkommensbemessungen erhebliche Vergünstigungen durch die Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen zugunsten kinderreicher Familien zugrunde gelegt würden.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es Wille des Ausschusses sei, dass der Kindergartenbesuch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfe. Der Gesetzgeber sehe vor, dass 19 % der Summe, die für Kindertageseinrichtungen verausgabt würden, über Elternbeiträge finanziert werden solle. Das mache für Hagen einen Betrag in Höhe von 6,4 Millionen Euro aus. Eingenommen würden aber nur 4,3 Millionen Euro. Das bedeute, dass die Stadt Hagen diesen Bereich jedes Jahr mit 2,1 Millionen Euro subventioniere.

Gleichzeitig sei man in der Situation, dass die Träger die vom Gesetzgeber festgelegten Eigenanteile nicht mehr aufbringen könnten. Da gehe es um eine Summe in Höhe von 700.000 Euro jährlich.

Unter diesem Gesichtspunkt müsse hinterfragt werden, ob es vertretbar und zumutbar sei, auf eine Regelung zu verzichten, die es in keiner anderen Stadt in dieser Form gebe. Weiterhin sei als zweiter Punkt die Darstellung der Verwaltung zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage an die Ausschussmitglieder, ob sich der Ausschuss möglicherweise doch zu einer klaren Empfehlung durchringen könne.

Frau Helling stellt im Namen ihrer Fraktion fest, dass sie sich eine Regelung mit einer zusätzlichen Grenze grundsätzlich nicht vorstellen könne. Entweder könne man die Einkommenstabelle ändern oder man schaffe die Regelung komplett ab.

Herr Steuber weist darauf hin, dass jede gewählte Grenze willkürlich sei, solange man nicht in der Lage sei, sie zu begründen. Der Gestaltungsspielraum lasse es nicht zu, irgendeine Zahl zu wählen. Auch die Festlegung auf das Alter „14 Jahre“ sei problematisch. Es sei besser, bei Anpassung der Satzung, generell nur vom „Kind“ zu sprechen.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Ausschuss sich zu keinem einhelligen Beschluss durchbringen kann und dass sich nun der Rat der Stadt Hagen damit befassen werde.

9. Bericht Kinderschutzambulanz

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Alscher und Frau Fischer vom Diakonischen Werk berichten von der Arbeit der Kinderschutzambulanz (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Auf die Frage von Herrn Strüwer nach der Zugangssteuerung, erklärt Frau Alscher, dass ausschließlich das Jugendamt die Steuerung innehat. Die Finanzierung erfolge ebenfalls nur über das Jugendamt.

Herr Steuber weist in diesem Zusammenhang auf die geschlossene Leistungs- und Entgeltvereinbarung hin.

Herr Goebels berichtet, dass es sich bei dem jetzigen Finanzierungsmodell um ein Hilfskonstrukt handele. Voraussetzung für die Hilfe sei ein Antrag, der beim Jugendamt gestellt werden müsse. Die Leistung könne von einer Vielzahl von Kindern und Jugendlichen nicht in Anspruch genommen werden, weil erst das hochkomplexe Antragsverfahren durchlaufen werden müsse. Der Fachbereich hätte lieber eine pauschale Finanzierung im Bereich der Kinderschutzambulanz gehabt. Das sei leider nicht gelungen und auch von der Bezirksregierung Arnsberg abgelehnt worden. Nun werde eine Finanzierung im Einzelfall praktiziert. Die Kinderschutzambulanz sei jedoch mit den vorhandenen Fällen gut ausgelastet. Über 90 % der Verdachtsmomente eines Missbrauchs oder einer Gewalterfahrung hätten sich bestätigt.

Auf Frage von Herrn Strüwer berichtet Frau Fischer, dass die Vernetzung mit anderen Bereichen gut funktioniere und ausgebaut werde.

Nach Nachfrage von Herrn Feldhaus nach den zeitlichen Abläufen im Rahmen der Diagnostik erklärt Frau Alscher, dass es nach Abschluss einer Diagnostik eine Einschätzung und Empfehlung gebe. Das Jugendamt bleibe aber fallverantwortlich.

Herr Reinke ist sehr dankbar, dass die Kinderschutzambulanz nun ihre Arbeit aufnehmen konnte. Er stellt fest, dass der Bereich der Prävention noch fehle.

Frau Alscher ergänzt, dass es wünschenswert sei, wenn man die Hilfe aus einer Hand anbieten könne. Hilfreich wäre es, im Rahmen der Kinderschutzambulanz auch therapeutische Hilfe anbieten zu können.

Herr Losch fragt, ob die Kinderschutzambulanz mit den Fällen ausgelastet sei. Was könne an Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeit der Kinderschutzambulanz zu unterstützen?

Frau Alscher antwortet, dass man mit den Fällen, die zurzeit vom Jugendamt überwiesen würden, ausgelastet sei.

Herr Goebels ergänzt, dass die Form der Finanzierung, die derzeit gewählt worden sei, nicht ausreichend sei. Langfristig müsste ein Teilbereich der Kinderschutzambulanz so finanziert werden, dass den Kindern, die von sich aus Hilfe suchten, auch geholfen werden könnte.

Herr Strüwer bedankt sich für den Vortrag und wünscht für die zukünftige Arbeit weiterhin alles Gute.

10. Bericht Kinderfrüherkennungsuntersuchungen

Herr Goebels berichtet von den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Eine Diskussion findet nicht statt.

11. Schrittweiser Übergang der Trägerschaft für das Jugendzentrum Quambusch Vorlage: 0006/2011

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den schrittweisen Übergang der Trägerschaft für das Jugendzentrum Quambusch auf die Evangelische Jugend im Kirchenkreis Hagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

12. Imagekampagne der Jugendämter in Westfalen Erste Berichterstattung der Verwaltung

Herr Steuber berichtet, dass am morgigen Tag der erste Workshop zu dem

Thema stattfände. Das Landesjugendamt Rheinland in Köln habe dazu eingeladen. In der nächsten Woche habe man als Verwaltung einen Termin mit der Pressestelle vereinbart, um dann erste konkrete Maßnahmen für den Zeitraum 3. Mai bis 8. Juni 2011 zu konzipieren. Diese könne er dann in der nächsten Sitzung vorstellen.

Ziel dieser bundesweiten Kampagne sei es, Jugendhilfe erlebbar zu machen und ein positives Image zu vermitteln.

13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin